

ausschüsse für die Amtshauptmannschaft Freiberg um Erbauung einer Eisenbahn von Freiberg nach Hainichen.

(Nr. 216.) Druckexemplare einer Petition der städtischen Kollegien zu Freiberg und Genossen um Genehmigung des geplanten Um- und Erweiterungsbaues der Bergakademie daselbst.

(Nr. 217.) Druckexemplare eines Nachtrags zu der Petition eines Petitions-Komitees in Forchheim um Erbauung einer Eisenbahn von Großhartmannsdorf nach Pockau-Bengefeld.

(Nr. 218.) Druckexemplare einer Petition der Barbier- und Friseur-Innung zu Dresden und der Friseur-Innung daselbst, die Handhabung der Bestimmungen über die Sonntagsruhe im Gewerbebetriebe betr.

Präsident: Die Druckexemplare unter Nr. 214 bis mit 218 sind zu verteilen.

(Nr. 219.) Antrag zum mündlichen Berichte der Finanz-Deputation B über Tit. 30 des außerordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1904/05, Umbau des Bahnhofes Schönfeld (zweite und letzte Rate) betr.

Präsident: Zur Schlußberatung auf eine Tagesordnung.

(Nr. 220.) Protokollertrakt der Ersten Kammer über Kap. 108 und 109 des ordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1904/05, Pensions-Etat betr.

(Nr. 221.) Desgleichen über Kap. 34 und 37 des ordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1904/05, Ordenskanzlei sowie Gesetz- und Verordnungsblatt betr.

(Nr. 222.) Desgleichen über Tit. 34 des außerordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1904/05, die Herstellung einer normalspurigen Nebenbahn von Weißenberg nach Radibor (dritte und letzte Rate) betr.

Präsident: Die Protokollertrakte unter Nr. 220 bis mit 222 kommen zu den Akten.

(Nr. 223.) Das Statistische Bureau des Königl. Ministeriums des Innern übersendet eine Anzahl Sonderabdrücke der Statistik der Urwahlen für die Zweite Ständekammer in den Jahren 1897 bis 1901 nebst Nachtrag, betreffend die Urwahlen von 1903, sowie 5 graphische Darstellungen.

Präsident: Druckabzüge sind zu verteilen. Was die graphischen Darstellungen anlangt, so werden wir versuchen, sie an geeigneter Stelle auszuhängen. Bis jetzt ist ein passender Platz in dem Landhause noch nicht gefunden.

(Nr. 224.) Antrag zum mündlichen Berichte der Beschwerde- und Petitions-Deputation über die Petition des Handelsmannes Karl Felix Semmler in Leubnitz um Erlaß einer gesetzlichen Verordnung, den Abschluß von Kaufverträgen über Nutz-, Zug- und Zuchtvieh betr.

(Nr. 225.) Desgleichen über die Petition von Richard Käuper in Fahrbrücke-Langenbach und Genossen (die Ein-

setzung einer Kommission zur Regelung der Mühlenrenten (Erbzins, Kanon) betr.

(Nr. 226.) Desgleichen über die Petition des Gutbesitzers Friedrich August Seidmacher in Liegau bei Radeberg, Entschädigungsansprüche an den Fiskus betr.

Präsident: Die Anträge unter den Registrandennummern 224 bis mit 226 kommen demnächst zur Schlußberatung auf eine Tagesordnung.

Für heute hat sich dringender Berufsgeschäfte wegen entschuldigt der Herr Abg. Zeidler.

Ich habe im übrigen als Vorsitzender der ersten Abteilung der Kammer mitzuteilen, daß diese Abteilung die ihr zugewiesenen Wahlen der Herren Abgg. Rudelt im 16. ländlichen Wahlkreis, Dr. Brückner im 1. Wahlkreise der Stadt Leipzig, Frenzel im 11. ländlichen Wahlkreise, Gräfe im 19. städtischen Wahlkreise, Kretschmar im 24. ländlichen Wahlkreise und Steiger im 18. ländlichen Wahlkreise geprüft und für gültig erklärt hat.

Der Herr Vorsitzende der vierten Abteilung, Herr Abg. Dr. Schober, hat das Wort zu einer Anzeige.

Abg. Dr. Schober: Namens der vierten Abteilung zeige ich an, daß die Abteilung die Wahl der Herren Abgg. Gleisberg, Grumbt, Hartmann, Hauffe und Zimmermann geprüft und für gültig erklärt hat.

Präsident: Wir treten in die Tagesordnung ein: „1. Allgemeine Vorberatung über den Antrag des Vizepräsidenten Dr. Schill und Genossen auf Vorlegung eines Gesetzentwurfes, die Revision des A-Gesetzes vom 28. Januar 1835 über die Kompetenzverhältnisse zwischen Justiz- und Verwaltungsbehörden betreffend.“ (Drucksache Nr. 24.)

Ich eröffne die Debatte und gebe das Wort dem Herrn Antragsteller.

Vizepräsident Dr. Schill: Meine geehrten Herren! Ich werde mir gestatten, mich bei der Begründung des vorliegenden Antrags zunächst demjenigen Passus im Antrage zuzuwenden, welcher mit den Worten beginnt:

„insbesondere zugleich Vorschriften über das Verfahren in den Fällen der Kollision von öffentlichen Interessen mit privatrechtlichen Ansprüchen aufstellt“.

Ich möchte im vorab, meine Herren, das Gebiet abgrenzen, auf welchem sich der Antrag bewegt. Es handelt sich nicht bei dem Antrage um einen Kompetenzstreit, nicht darum, daß es streitig ist zwischen Justiz- und Verwaltungsbehörden, ob die Entscheidung eines Falles vor die eine oder die andere gehöre — darüber haben wir ja längst unsere Bestimmungen getroffen —